

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

verantwortlicher Redakteur C. M. Schiffer in Krefeld
Bessstraße 25.
Nachrichten und sonstige Beiträge sind bis Dienstags morgens an die
Redaktion in Krefeld einzusenden.

Anzeigen kosten die 6spaltige Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk das Tausend berechnet.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Aken in
Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.

Jahrgang.

Krefeld, Samstag, den 23. November 1901.

(Auflage 16.000.)

Nr. 47.

S. Der Ausschuss des Gesamtverbandes

Am 16. November zu Köln eine Sitzung ab, in welcher außer einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten a. Nachfolgendes verhandelt bzw. beschlossen wurde. Der Vorsitzende Brust-Altenessen teilte die wichtigsten Beschlüsse des Vorstandes, insbesondere die Resolution bezüglich des „Westf. Volksblattes“ (Köln) mit und gab dem Ausschuss anheim, Stellung dazu zu nehmen. Fast sämtliche anwesenden Ausschussmitglieder (es fehlten entpöndigt: Wieber-Duisburg, Braun-München und Birner-Schhausen) bekundeten ihr Einverständnis, nur von einer Seite wurde größere Klarheit gewünscht. Es wurde als Resultat der Erörterung Folgendes beschlossen:

„Bezüglich der vom Vorstande beschlossenen Resolution betr. das „Westf. Volksblatt“ acceptiert der Ausschuss dieselbe und beschließt im Anschluß daran: Die christlichen Gewerkschaften, Gewerkschaftsvereinigungen usw. als solche haben sich von der Gründung von Tageszeitungen fernzuhalten und nicht zu dulden, daß in den Gewerkschaftsversammlungen für irgend eine Tageszeitung Propaganda gemacht wird. Dabei bleibt es den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften unbenommen, als Privatpersonen in solchen Angelegenheiten zu thun, was ihnen nach den örtlichen Verhältnissen notwendig erscheint.“

Bezüglich des früheren Ausschussmitgliedes Neumeier-Stuttgart, der gleichsam aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschieden ist, wenigstens keine spezielle Vertretung einer Gewerkschaft mehr hat, wurde beschlossen, das Mandat des genannten Kollegen für erloschen zu erklären und der Generalversammlung des Gesamtverbandes die Entscheidung darüber zu überlassen, wer an Stelle Neumeiers aus den süddeutschen Staaten zum Mitgliede des Ausschusses zu wählen sei.

Es folgte die Beratung über die seitens des Herrn Wieber im „Deutschen Metallarbeiter“ geführten persönlichen Streitigkeiten gegen Herrn Giesberts, den Redakteur der „Mitteilungen des Gesamtverbandes“, und andere Gewerkschaftsführer. Von Herrn Wieber war ein Schreiben beim Schriftführer Schiffer eingegangen, worin er angab, am Erscheinen in der Sitzung des Ausschusses verhindert zu sein und im übrigen die Kompetenz des Gesamtverbandesausschusses bestritt, über diese Streitigkeiten zu entscheiden. Der Ausschuss erklärte einhellig, um Einschreiten im Streite Wieber contra Giesberts der vielmehr „Deutscher Metallarbeiter“ contra „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ keine Veranlassung zur Verhandlung und Stellungnahme zu haben, jedoch kompetent zu sein über den persönlichen Streit Wiebers gegen andere christliche Gewerkschaftsführer und den Redakteur der „Mitteilungen“ umsomehr verhandeln und Stellung nehmen zu können, als verschiedene Behauptungen Wiebers sehr beleidigender Natur und geeignet seien, das Ansehen der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Dementprechend fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes zu Krefeld sind die zwischen Herrn Wieber (Duisburg) und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses hervorgetretenen Streitigkeiten durch beiderseitiges Entgegenkommen und Ehrenerklärung endgültig beigelegt worden, mit der allgemein abgegebenen mündlichen Erklärung, daß beleidigende Polemiken zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften zu unterbleiben haben. Zu unserm Bedauern hat Hr. Wieber (Duisburg) dieses Versprechen nicht gehalten. Derselbe hat in Nr. 21 des „Deutschen Metallarbeiter“ in unkollegialer, geradezu gehässiger Weise gegen andere christliche Gewerkschaftsführer und besonders Herrn Giesberts, den Redakteur der „Mitteilungen des Gesamtverbandes“, polemisiert, diese persönlich verunglimpft und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen versucht. Dieses Vorgehen ist geeignet, das Vertrauen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sowie der breitesten Öffentlichkeit zu der Ehrlichkeit und Reue der christlichen Gewerkschaftsführer zu untergraben und von neuem Zank und Zwietracht in die christlichen Gewerkschaften hineinzutragen, und deren Ansehen in der Öffentlichkeit zu schädigen.“

Zum Beweise hierfür seien nachfolgende Ausführungen aus der oben angezogenen Nr. 21 des „Deutschen Metallarbeiter“ citiert. „Besonders wird aber der „deutsche Metallarbeiter“ dafür sorgen, daß nicht unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit die Arbeiter um ihr gutes Recht gebracht werden, indem man ihnen das weiße Schwarz und das schwarze weiß vormacht; sei es auch von Elementen, die sich Arbeiter oder Arbeiterfreunde nennen.“

Nur müssen wir unsern Arbeitern anraten, sich bei der „demnächstigen Auswahl“ ihre Arbeitervertreter erst genau anzusehen. Es gibt manchmal Arbeiter, die vergessen sehr schnell, daß es ihnen früher als Arbeiter verzeuht schlecht ergangen hat, leben sich schnell in die besseren Verhältnisse ein und kommen dann zur Ansicht, namentlich wenn sie nach „Oben“ ins Kind machen wollen, daß es dem Arbeiterstande viel besser ergeht, als den Grundbesitzern.“ „Solche Elemente dürften wohl nicht die geeigneten Vertreter für Arbeiter sein. Lieber gar

keine Arbeitervertreter, als solche, die nur als Werkzeuge anderer dienen. Dieses sind nur Arbeitervertreter dem Namen nach. Das mögen sich die Streber von heute zur Notiz nehmen.“

„Wir sehen noch so viel gefunden Sinn in unsere christlichen Gewerkschaften, daß sie solche Elemente, die sich nicht schämen zu erklären, dem Arbeiter ginge es besser als dem Bauernstande, auf die Dauer von sich abstoßen werden. Wer anderen Ständen mehr dienen will als dem Arbeiterstand, mag auch zu ihnen übergehen.“

„Was sagen zu diesem Gesändnis der Landbarone unsere christlichen „Gewerkschafts-Agrarier“? Ist es vielleicht die Furcht nach „Oben“ anzustoßen und in Ungnade zu fallen, oder haben christliche Arbeiter und deren Organe ihre selbständige Meinung und ihre Ueberzeugung schon soweit verloren, daß sie nur noch auf Kommando von „Oben“ erzerzieren, oder geht sie das Wohl und Wehe der Landarbeiter nichts an?“

Und Herr Redakteur Giesberts ist gegen die Zölle als Gewerkschaftler, aber dafür als Politiker. Ja, wer so den Mantel nach dem Winde hängen kann, bleib „oben“, hat Aussicht, daß er noch zu etwas bringt.“

Soweit Herr Wieber in Nr. 21 des „Metallarbeiter“.

Die bisherige Thätigkeit der in der Bewegung stehenden christlichen Gewerkschaftsführer, sowie des Hrn. Giesberts im Interesse der Arbeiterschaft, enthebt uns jeder Verteidigung gegen die maßlosen Verdächtigungen des Hrn. Wieber und weisen wir diese nur entschieden zurück. Da Herr Wieber Zweifel in unsere Ehrlichkeit und Reue bei Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft setzt, mag er die Konsequenzen aus dieser seiner Anschauung ziehen, da unter diesen Umständen ein kollegiales Zusammenarbeiten mit Herrn Wieber im Ausschusse des Gesamtverbandes, welches gegenseitiges Vertrauen und Achtung zur Voraussetzung haben muß, nicht mehr möglich ist, zumal wenn Hr. Wieber nicht öffentlich seine falschen Anschuldigungen in einer den Ausschuss befriedigenden Weise widerruft und eine Ehrenerklärung abgibt.

Diese Erklärung ist dem Vorstande des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes in Duisburg zur Kenntnis zu bringen und wird der Vorstand ersucht, innerhalb sechs Wochen dem Vorsitzenden des Ausschusses Mitteilung zu machen, ob er mit den Anschuldigungen des Herrn Wieber einverstanden ist.“

Das christliche Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgebung hatte beantragt, der Ausschuss des Gesamtverbandes möge über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zollfrage Beschlüsse fassen. Weiterhin gab ja auch der Umstand, daß eine ganze Anzahl von Ortsgruppen und Bezirksstellen der Verbände Flugblätter zur Verteilung erhalten hatten, worin ausgeführt war, die christlichen Gewerkschaftsverbände müßten aus verschiedenen Gründen für oder gegen die Zölle Stellung nehmen, dem Ausschuss Veranlassung, einzuschreiten. Die Mitglieder des Ausschusses waren sich nach kurzer Diskussion darin völlig einig, daß die Zollfrage, insbesondere die Frage der Getreidezölle, schon auf Grund des Mainzer Programms unsere Organisationen als solche nicht beschäftigen dürfe. Zu einzelnen Sätzen des veröffentlichten Zolltarifs könnten jedoch die betreffenden, daran besonders interessierten Berufsgruppen bzw. Verbände Stellung nehmen. Bereits in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses war man über den Vorschlag eines Mitgliedes, sich für oder gegen die Zölle zu erklären, zur Tagesordnung übergegangen und hatte damit bekundet, daß die Frage nicht von unseren gewerkschaftlichen Organisationen behandelt werden solle. Um jedoch vollständige Klarheit zu schaffen und eine Direktive zu geben, die von allen dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen befolgt werden müsse, wurde folgende Resolution allseitig zugestimmt:

„Die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle ist keine Frage, welche unter die besonderen Erwerbs- und Standesinteressen der Industriearbeiter fällt, deren Förderung unsere christlichen Gewerkschaften sich ausschließlich zum Programm gesetzt haben. Die genannte Frage trifft vielmehr alle Staatsbürger und ist eine eigentlich staatspolitische. Diese Tatsache wird auch deutlich dadurch bewiesen, daß mehrere politische Parteien die Frage der landwirtschaftlichen Schutzzölle zu ihrem parteipolitischen Kampfsziel (bzw. Mittel) gemacht haben. Eine Stellungnahme zu der geplanten Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle muß daher getreu den Beschlüssen des Mainzer Kongresses, seitens der christlichen Gewerkschaften als solche in deren Versammlungen wie Organen unterbleiben. Dabei bleibt es aber den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften unbenommen, außerhalb der Gewerkschaften nach freiem Ermessen für oder gegen die landwirtschaftlichen Schutzzölle sich auszusprechen. Soweit der Zolltarif auch die Erwerbsinteressen einzelner Industriezweige berührt, bleibt es den hierbei in Frage kommenden Verbänden überlassen, zu diesen speziellen Sätzen des Tarifs ihre Forderungen aufzustellen.“

Bekanntlich ist es besonders der christlich-sozialen Metallarbeiterverband gewesen, der in seinem Organ und in seinen Versammlungen bisher eifrig sich mit der Zollfrage beschäftigte und gegen die Getreidezölle Stellung nahm. Auf der anderen Seite haben der „Bergknappe“ und der „deutsche Holzarbeiter“ sich auf

die unablässigen Anzapfungen der gegnerischen Gewerkschaftsblätter hin veranlaßt gesehen, ihre Stellung zu der Frage vor längerer Zeit kurz zu präzisieren. Das soll von jetzt ab konsequent unterbleiben. — Da sich insbesondere die christlich organisierte Arbeiterschaft von Köln und Umgegend, vornehmlich auf Betreiben der Metallarbeiter, mit der Zollfrage beschäftigt hatte und dadurch eine große Uneinigkeit im eigenen Lager der Kölner christlichen Arbeiter und auch der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes entstanden war, hatte das Kölner christliche Gewerkschaftskartell auf Sonntag, den 17. November eine große Versammlung anberaumt, in der unser Centralvorsitzender Schiffer über das Thema: „Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung ihres interkonfessionellen und unpolitischen Charakters“ referierte. Ueber die Versammlung berichtet die „Kölnische Volkszeitung“ u. a. folgendes:

Hr. Schiffer (Krefeld) kennzeichnete den interkonfessionellen und unpolitischen Charakter der christlichen Gewerkschaften und bemerkte, er wolle, den Kölner Verhältnissen Rechnung tragend, nur die negative Seite des Themas berücksichtigen. Wie den christlichen Gewerkschaften die Pflege der Religion nicht als Aufgabe zugewiesen sei, obgleich sie keinen Gegensatz zur Religion und zum Gottesglauben in sich aufkommen lassen dürfen, so haben sie sich auch von allgemein politischen Fragen fern zu halten. Sie dürfen, wie es im Mainzer Programm festgelegt wurde, keine Parteipolitik treiben, sie dürfen insollgedessen z. B. auch nicht den Gedanken der Gründung einer neuen Partei in sich aufkommen lassen und demselben Geltung zu verschaffen suchen. Eine gewisse Arbeiterpolitik zu treiben kann den Gewerkschaften nicht verwehrt werden, sie müssen ihre Standes- und Berufsinteressen vertreten und dafür sorgen, daß dieselben in den politischen Institutionen Würdigung finden. Meinungsverschiedenheiten haben sich nun bezüglich der Frage ergeben, ob die Gewerkschaften als solche Stellung nehmen dürfen zur Zollfrage. Auf Grund des Mainzer Programms müsse dieses unbedingt verneint werden. Die Zollfrage ist eine allgemeine politische Frage, wollten die Gewerkschaften sich mit ihr abgeben, dann müßten sie auch folgerichtig Steuer-, Militär-, sogar Kolonialfragen in den Bereich ihrer Erörterungen ziehen. Allen diesen Fragen wohne die Eigentümlichkeit inne, daß sie, wie die Zollfrage, auch das wirtschaftliche Gebiet berühren. Wollten die Gewerkschaften sich mit ihnen beschäftigen, dann kommen sie naturgemäß dazu, Parteipolitik zu treiben. Die Zollfrage ist nicht allein wirtschaftlicher Natur, sie ist zu einer parteipolitischen gestempelt worden. Schon aus taktischen Gründen haben die christlichen Gewerkschaften, welche Angehörige verschiedener Parteien zu ihren Mitgliedern zählen, die Erörterung der Zollfrage auszuschneiden; geschieht es nicht, dann wird Zwietracht unter ihnen großgezogen. Entsteht über die Behandlung solcher Fragen Meinungsverschiedenheiten, dann muß eine obere Instanz zur Fällung eines Urteilspruches befugt sein, und diesem Spruch muß die gebührende Beachtung geschenkt werden. In dieser Erwägung habe der Ausschuss die (oben angegebene) Resolution beschlossen.

Der Ausschuss glaube mit diesem Beschlusse einen Ausweg, den richtigen Weg, gefunden zu haben, den die einzelnen Gewerkschaften hoffentlich in Zukunft gehen werden. Der Ausschuss will keinem die freie Willensäußerung nehmen, jedern in politischer Beziehung die Freiheit lassen, aber nur dafür sorgen, daß innerhalb der Gewerkschaft Friede und Einigkeit gewahrt wird. Ob früher die eine oder andere Gewerkschaft, oder einzelne Organe sich für oder gegen den Getreidezoll ausgesprochen, möge aus der Erörterung jetzt ausschneiden. Jetzt, nachdem die höchste Instanz gesprochen habe, dürfe man von der Disziplin der christlichen Gewerkschaftler erwarten, daß alle Zankereien aufhören. Der größte Teil der Mitglieder sei zweifellos der Ansicht, daß die Zollfrage die christlichen Gewerkschaften nicht beschäftigen dürfe. Diese haben wichtigeres zu thun und sich hauptsächlich mit der Kleinarbeit zu befassen. Der Ausschuss werde darüber wachen, daß sein Beschlusse zum Segen und zur gedeihlichen Fortentwicklung der christlichen Gewerkschaften voll und ganz zur Durchführung gelange.

Hr. Döring (Köln) suchte seinen und Hrn. Wieber's Standpunkt in der Behandlung der Zollfrage zu rechtfertigen. Er werde sich in diesem Falle dem Beschlusse des Ausschusses nicht unterwerfen; er habe nur mit seinem Metallarbeiterverband zu rechnen.

Hr. Brust (Altenessen) begründete demgegenüber eingehend den Standpunkt des Ausschusses und suchte die von Hrn. Döring in der Zollfrage vertretene Ansicht zu widerlegen. Wenn der Vorredner sage, er werde sich an den Beschlusse des Ausschusses nicht kehren, so müsse er erklären, daß der Austritt aus dem Gesamtverbande zu

